Preußische Gesetzsammlung

1936

Ausgegeben zu Berlin, den 23. Januar 1936

Mr. 3

Tag	I die postale mad and Subalt:	Seite
21. 1. 36.	Geset zur Anderung der Preußischen Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht	
11. 1. 36.	Polizeiverordnung zur Anderung der Polizeiverordnung über die polizeiliche Genehmigung zur Herstellung, zum Bertrieb und zum Besitz von Sprengstoffen sowie zu deren Einführung aus dem Auslande (Sprengstofferlaubnisscheine) vom 15. Juli 1924	
Ginmais	out with the Sam Of the same o	11
Simmer?	auf nicht in der Gesetsfammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	18
Berichti	qunq	
	gung	18

(Rr. 14305.) Geset zur Anderung der Preußischen Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgehflicht. Bom 21. Januar 1936.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Preußische Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 17. April 1924 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1932 (Gesetssamml. S. 207), der Verordnung vom 17. März 1933 (Gesetssamml. S. 43) und des Gesetss vom 17. März 1934 (Gesetssamml. S. 155) wird wie folgt geändert:

1. § 14 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Landesfürsorgeverbände und die Bezirksfürsorgeverbände sind befugt, den durch die Fürsorgepflicht entstehenden Auswand nach den Borschriften des Kommunalsabgabenrechts auf die Blieder des Verbandes unterzuverteilen, soweit der Auswand nicht durch eigene Einnahmen des Fürsorgeverbandes gedeckt wird.
- (2) Kreisangehörige Gemeinden tragen einen von dem Minister des Junern im Einvernehmen mit dem Finanzminister sestzusehenden Anteil an dem in ihnen entstehenden sachlichen Auswande für die dem Landkreis als Bezirksfürsorgeverband obliegenden Fürsorgeaufgaben, mindestens jedoch 50 vom Hundert. Das gleiche gilt hinsichtlich der Erstattungsleistungen, zu denen ein Landkreis als Bezirksfürsorgeverband einem anderen Fürsorgeverband infolge einer Abschiebung (§ 17 der Verordnung über die Fürsorgepflicht) verpflichtet ist, zu Lasten derzenigen Gemeinde, deren pflichtwidriges oder gegen Treu und Glauben verstoßendes Verhalten in einer rechtskräftigen Entscheidung zwischen den Fürsorgeverbänden seistgestellt ist, oder die ihre Verpflichtung als Folge eines solchen Verhaltens anerkannt hat. Wird ein Hilsbedürftiger im Wege der Fürsorge in einer Anstalt oder in Pflege untergebracht, so gilt der Auswand als in der Gemeinde entstanden, aus der die Unterbringung ersolgt ist. Entsprechendes gilt, wenn ein Hilsbedürftiger innerhalb des Landkreises abgeschoben worden ist.
- (3) Ift eine Gemeinde trot äußerster Einschränkung ihrer Ausgaben und trot voller Ausschöpfung ihrer Einnahmemöglichkeiten außerstande, ihren Haushalt zum Ausgleich zu bringen, so kann der von ihr nach Abs. 2 Sat 1 zu tragende Anteil an den Fürsorgeskoften auf ihren Antrag durch einen Beschluß des Landrats auf den Landkreis übernommen werden, soweit er mehr als ein Viertel dieser Kosten beträgt. Der Landrat hat vor seiner Entscheidung einen Beirat anzuhören, der aus 4 bis 6 Bürgermeistern solcher kreiss

angehöriger Gemeinden besteht, bei denen die vorgenannten Voraussetzungen nicht vorliegen.

- (4) Ergibt die Rechnung einer Gemeinde in einem Rechnungsjahre, für das die Übernahme von Fürsorgekosten der Gemeinde auf den Landkreis gemäß Abs. 3 ersolgt ist, einen Überschuß im ordentlichen Haushalt, so hat die Gemeinde den durch die Übernahme der Fürsorgekosten ersparten Betrag dem Landkreis auf dessen Anfordern bis zur Höhe dieses Überschusses zu erstatten.
- (5) Gegen einen Beschluß des Landrats, durch den dem Antrag auf Übernahme von Fürsorgekosten einer Gemeinde auf den Landkreis nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben wird, sowie gegen Erstattungsforderungen des Landkreises gemäß Abs. 4 sindet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt, der endgültig entscheidet.
- (6) Der Minister des Innern erläßt Grundsätze über die Voraussetzungen der Übernahme von Fürsorgekosten der Gemeinden auf die Landkreise gemäß Abs. 3 und trifft Bestimmungen über das Versahren.

2. Hinter § 14 wird folgende Vorschrift eingefügt:

§ 14 a. many are made applications

(1) Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung ist an Beträgen, die zum Ersatz der Rosten der Fürsorge des Einzelfalls insbesondere von anderen Fürsorgeverbänden einzehen, diejenige kreisangehörige Gemeinde, die den Gemeindeanteil an den Fürsorgekosten trägt, in dem von den Ministern des Innern und der Finanzen gemäß § 14 Abs. 2 festzgesetzten Verhältnisse zu beteiligen.

(2) Soweit kreisangehörige Gemeinden den in ihnen entstehenden Aufwand nicht selbst zu tragen haben, hat ihnen der Bezirksfürsorgeberband erforderlichenfalls ange-

messene Vorschüsse zu gewähren.

- (3) Zwischen dem Bezirksfürsorgeverband und den kreisangehörigen Gemeinden hat über die gegenseitigen Verpflichtungen und Leistungen einschließlich derzenigen nach § 7 Abs. 3 eine Abrechnung und zwar vorbehaltlich eines anderweitigen Beschlusses des Kreissausschusses viertelzährlich, mindestens aber für jedes Kechnungsjahr zu erfolgen.
- (4) Bei Streit über Art und Höhe der Vorschußleistung oder die Ersatzleistung aus der Abrechnung beschließt auf Antrag eines Beteiligten der Regierungspräsident. Gegensüber einem vom Bezirksfürsorgeverband in Rechnung gestellten Auswand ist der Einwand, daß eine andere Gemeinde oder ein anderer Gemeindeverband ihn zu tragen hat, unzulässig.

3. § 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Kreisangehörige Städte sowie solche Gemeinden und engere Gemeindeberbände, deren Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung mehr als 3000 betragen hat, können die übertragung der Durchführung von Fürsorgeaufgaben dem Gediete der Fürsorge sür Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Kleinrentner einschließlich der Empfänger von Kleinrentnerhilse sowie Sozialrenter und diesen Gleichgestellte können nur Gemeinden und engere Gemeindeverbände von mehr als 10 000 Einwohnern beantragen. Dem Antrag ist zu entsprechen, soweit nicht die Durchsührung durch den Bezirkssürsorgeverband selbst für eine, den Anforderungen der Verordnung über die Fürsorgepslicht und der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge entsprechende und wirtschaftlich gesunde Erfüllung der Fürsorgeaufgaben ersorderlich ist. Im Streitfall entscheidet der Regierungspräsident endgültig darüber, ob und in welchem Umfange die Durchsührung von Fürsorgeaufgaben zu übertragen ist.

Die beteiligten Minister erlaffen die zur Durchführung und Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1936 in Kraft.

Berlin, den 21. Januar 1936.

Das Preußische Staatsministerium.

Popit.

Frid.

Im Namen des Reichs verkünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 21. Januar 1936.

Der Preußische Ministerpräsident. Göring.

(Rr. 14306.) Polizeiberordnung zur Anderung der Polizeiberordnung über die polizeiliche Genehmigung zur Herstellung, zum Bertrieb und zum Besitz von Sprengstoffen sowie zu beren Gin-führung aus dem Auslande (Sprengstofferlaubnisscheine) vom 15. Juli 1924 (HMBl. G. 198). Vom 11. Januar 1936.

Auf Grund des § 2 des Reichsgesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichsgesethl. S. 61) und des Polizeiverwaltungs= gesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetssamml. S. 77) wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern für das Land Preußen folgende Polizeiverordnung erlassen:

4) liber die in den Maldern E unt & enthaltenen Angaben hinaus können im Inter-Die Polizeiberordnung über die polizeiliche Genehmigung zur Herftellung, zum Bertrieb und zum Besitz von Sprengstoffen sowie zu deren Einführung aus dem Auslande (Sprengstofferlaubnisscheine) vom 15. Juli 1924 (HMBI. S. 198) wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 3 Sat 3 werden die Worte "Minister für Handel und Gewerbe" durch das Wort "Wirtschaftsminister" ersetzt. Der lette Sat des genannten Absates erhält folgende Fassung:

Dieser bestimmt einen Sachverständigen, der sich darüber äußert, ob die einzufüh= renden Sprengstoffe zu den zum Berkehr zugelaffenen Sprengstoffen (§ 2 der Polizeiverordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen vom 4. September 1935 — Gesetziamml. S. 119 —) gehören oder, sofern es sich um die Einführung neuer Sprengstoffe zu Berfuchszweden handelt, ob diese hinsichtlich des Verkehrs im Sinne des § 1 der eben er= wähnten Polizeiverordnung nicht gefährlicher find als die Sprengstoffe der 2. Gruppe der Anlage C zur Eisenbahnverkehrsordnung.

- 2. Im § 6 Abs. 3 Sat 2 werden die Worte von "Abgangsregister" bis zum Schlusse durch die Worte "Lagerbuch (§ 8 Abf. 1 oder 2) einzutragen." ersett. Ferner werden im letten Sate dieses Absates die Worte "23. Dezember 1908 (Reichsgesetht. 1909 Nr. 3)" durch die Worte "16. Mai 1928 (Reichsgesethl. II S. 401)" ersett.
- 3. Im § 7 Abs. 3 Sat 5 werden die Worte "der Handels= und Gewerbeberwaltung" durch die Worte "für Wirtschaft" ersetzt.

4. Der § 8 erhält folgende Fassung:

§ 8.

Buchführung über die Herftellung, den Vertrieb und die Ausgabe bon Sprengstoffen.

- (1) Für die nach § 1 Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 (Reichsgesetzbl. S. 61) erforderliche Buchführung über die Herstellung und den Vertrieb von Sprengstoffen ist das anliegende Muster E zu verwenden. Personen, die sich mit dem Vertriebe von Sprengstoffen befassen, ohne selbst in deren Besitz zu kommen, brauchen kein Lagerbuch zu führen.
- (2) Die nach § 23 der Polizeiverordnung über den Berkehr mit Sprengstoffen (Sprengstoffverkehrsverordnung) vom 4. September 1935 (Gesetziamml. S. 119) vorzgeschriebene Buchung der Einnahme und der Ausgabe von Sprengstoffen hat nach dem anzliegenden Muster F zu erfolgen. In das Lagerbuch sind auch die Sprengstoffe einzutragen, die gelegentlich an Dritte, zum Besitz von Sprengstoffen Berechtigte, abgegeben werden.
- (3) Die Lagerbücher Muster E und F sind für jedes Lager des Unternehmers besonders zu führen und im Lager selbst oder in leicht erreichbarer Nähe sicher aufzubewahren.

Vernichtete oder in Verlust geratene Sprengstoffe sind in den Lagerbüchern (Muster E oder F) unter "Ausgabe" regelrecht zu buchen. Ein Verlust an Sprengstoffen ist unverzüglich der Ortspolizeibehörde, in den der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Betrieben dem Bergrevierbeamten anzuzeigen. Endgültig in das Lager zurückgegebene Sprengstoffe sind als eingenommen einzutragen.

Bei Sprengstoffen, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind auf der Einnahmeseite Aussteller, Tag und Nummer des Einfuhrerlaubnisscheins sowie Tag und Kückgabe des verfallenden Erlaubnisscheins an die zuständige Behörde (§ 6 Abs. 8) zu vermerken.

Die Lagerbücher sind am Ende jeder Seite, mindestens aber monatlich abzuschließen. Der Lagerverwalter hat hierbei die Übereinstimmung des errechneten Bestandes mit dem tatsächlichen Lagerbestande nachzuprüfen und durch Unterschrift zu bescheinigen. Werden Sprengstoffe ausnahmsweise von einem Vertreter des Lagerverwalters vereinnahmt oder ausgegeben, so ist dies in jedem Falle durch Unterschrift in der Spalte Bemerkungen zu bescheinigen.

(4) über die in den Mustern E und F enthaltenen Angaben hinaus können im Interesse esse der Erleichterung der Prüfung und der Übersichtlichkeit weitere Angaben von den Buchsführenden eingeführt werden. Die Landespolizeibehörden und für den Aussichtsbereich der Bergbehörden die Oberbergämter sind befugt, im Falle eines dringenden Bedürfnisses abweichende Vorschriften über die Buchführung zu treffen und in Einzelfällen Ausnahmen zuzulassen.

5. § 10 Abs. 1 Sat 3 erhält folgende Fassung:

Der nach dem Lagerbuch errechnete Bestand muß mit dem tatsächlichen Bestand im Lager übereinstimmen.

Ferner werden im § 10 Abs. 1 vierter Unterabsatz die Worte "Lager= oder Berausgabungs= bücher" durch das Wort "Lagerbücher" ersetzt.

8 2.

Die der Polizeiverordnung über die polizeiliche Genehmigung zur Herstellung, zum Vertrieb und zum Besitz von Sprengstoffen sowie zu deren Einführung aus dem Auslande (Sprengstoffserlaubnisscheine) vom 15. Juli 1924 (HABI. S. 198) beigefügten Anlagen werden wie folgt gesändert:

1. In der Anlage 3 werden in der Bemerkung auf der Rückseite die Worte "14. September 1905 (HWBI. S. 282)" durch die Worte "4. September 1935 (Gesetzfamml. S. 119)" ersetzt. Ferner

werben die Ziffern 1 und 2 unter "Zu beachten" durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Nach § 27 Abf. 2 der Sprengstofflagerverordnung vom 17. November 1932 (Gesetsfamml. S. 362) ist die vorübergehende Ausbewahrung von Sprengstoffen außerhalb von besonderen Sprengstofflagern nur in dringenden Ausnahmefällen zulässig. In solchen Ausnahmefällen kann sie, wenn es sich um Patronen aus Ammonsalpetersprengstoffen handelt, für Mengen bis zu 5 kg, und wenn es sich um andere zum Verkehr zugelassene Sprengstoffe handelt, für Mengen bis zu 2,5 kg von der Ortspolizeibehörde für kurze Zeit zugelassen werden, wenn für genügende Sicherheit gegen Diebstahl und für den Schutz der Umgebung gesorgt wird. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die vorübergehende Ausbewahrung von höchstens 50 Sprengsapseln zugelassen werden. Die Sprengstoffe und Sprengsapseln müssen in solchen Fällen je besonders in starken, hölzernen und sicher verschlossenen Kisten in einem gegen Diebstahl und Brandgesahr gesicherten Raume, der nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen dient und nicht unter solchen Käumen liegt, ausbewahrt werden. Die Ausbewahrung der Sprengstoffe und der Sprengskapseln darf nicht länger als zwei Wochen dauern. Die Kiste mit Sprengsapseln ist mindestens 3 m von dem Sprengstoff entsernt aufzubewahren.

- 2. Die Anlagen 7 und 8 werden durch die dieser Verordnung als Anlagen beigefügten Muster E und Muster F ersetzt.
- 3. Jm § 2 der Anlage 10 werden die Worte "14. September 1905 (HWBI. S. 282)" durch die Worte "4. September 1935 (Gesetsfamml. S. 119)" und die Worte "auf Landtransporte (§§ 4 bis 19)" durch die Worte "auf die Beförderung von Sprengstoffen (§§ 3 bis 20)" erset.

§ 3.

Diese Polizeiberordnung tritt am 1. Februar 1936 in Kraft.

Berlin, den 11. Januar 1936.

Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister.

Im Auftrage:

Pohl.

Am Ende jeder Buchfeite, mindefrens aver mounilich, ist der Bestand zu errechnen alle:

nor dladesgue reflesignerie de prerideredfull ednedepredirer etc fixital S man Mufter E.

muliusiperson frestorfolumnung aus mano Sprengstofflagerbuch

für Sprengstoffbersteller und ihre Verkaufslager sowie für Sändler, die über ein behördlich genehmigtes Lager verfügen.
Firma:

voreibergeberde Ausbemahrung von bochliens 50 Sprengsapfeln zugelafini verben. Die

Sprenglieffe und Eprenglabfeln milifen in folgen Källen je besendeis in figiten, bolgernen narrochlag und Dieses Lagerbuch wird geführt von:

	Der Shrenafti	fferlaubnisschein Mu	ifter B Numme		am	
	blantomora an	e spine side camound	Appel Booker	ale. inguil total	Tone . reactor.	19
01180	estellt non dem	Gewerbeaufsichtsam	t ur	id ist aültia bis	aum	
anab		Octobra camillanda anti-	iam talase am for	1, 9, 1, 9	0	19

drang "(282 18 1800and) foller er eine Beachtung! welcom De genale and R. & 1877. L

- 1. Einzutragen sind alle Un- und Verkäufe von Sprengstoffen und Sprengkapfeln. Bon Verbrauchern gelegentlich zurückgegebene Sprengstoffe sind als eingenommen zu buchen. In Spalte 3 ift in diesem Falle der Name des Zurückgebenden einzutragen.
- 2. Der Berwalter des Sprengstofflagers hat die Eintragungen mit Tinte oder Tintenstift vorzunehmen; er ist für die Eintragungen verantwortlich und hat ihre Richtigkeit im Buche bei jeder Bestandsaufnahme zu bescheinigen. Werden Sprengstoffe ausnahms= weise von einem Vertreter des Lagerverwalters vereinnahmt oder ausgegeben, so ist dies in jedem Falle durch Unterschrift in der Spalte Bemerkungen zu bescheinigen.
- 3. Für jede Sprengstoffart ift ein besonderer Abschnitt des Buches zu benuten.
- 4. Zu den Sprengkapseln sind auch die mit Sprengkapseln versehenen elektrischen Zünder zu rechnen.
- 5. Am Ende jeder Buchseite, mindestens aber monatlich, ist der Bestand zu errechnen als: Summe der Einnahmen abzüglich Summe der Ausgaben. Die Übereinstimmung des errechneten Bestandes mit dem tatsächlichen Lagerbestand ist hierbei nachzuprüfen und durch Unterschrift des Lagerverwalters zu bescheinigen. Der Bestand ist auf die nächst= folgende Buchseite zu übertragen.
- 6. Das Lagerbuch ist im Lager selbst oder in leicht erreichbarer Nähe so aufzubewahren, daß es von den zuständigen Aufsichtsbeamten jederzeit eingesehen werden kann.
- 7. Wird ein Verluft an Sprengstoffen festgestellt, so hat der Verwalter des Sprengstofflagers dafür zu forgen, daß die Ortspolizeibehörde unverzüglich Mitteilung erhält.

	197	Bemerkungen: Tag und Ergebenis der Be- lichtigung. Unterschrift bes besichtig genden Beanten	15	Sprengfiofflagerbach für Betriebe, in denen Sprengsiofse verb		(des erreche	19
		Menge in kg, bei Spreng= fapfeln in Ctüd	14	ies Lagerbuch wird geflißst von:	ni ni di@		priming befoleini	
	61	Rums mern ber Kiften, bei eins zelnen Baketen ber Kifte und der Paakete	13	astosserlandenissassen Naster & Rummer .	Ausgaben	AK.	uverem nde wirk	
	g b b g 1	Sahres= 3ahl ber Riften ober Pakete	12	of the open of the state of the states because of the states becau	ber	2	lund die Lagerbefta	, ben
	M m	Bezeich= nung bes Spreng= froffs, bei Spreng= froffs, bei Chreng= froffs, dei Greng= nuch Größen= nummer	11	Zur Beachtung!	Summe	ntracumount	hächlichen L	
	to de le	Name und Wohnort des Empfängers, Nr., Jahr und Aus= feller des Sprengftoff= erlaubnisfcheins	01	von Sprengfoffen und Sprengfahleln mit er ist für die Eintragungen verantvortlich Bestandsausinahme zu bescheinigen. Werder rireter des Lagerverwalters vereinnuhmt od ch Unterschrift in der Spalte Bemerkungen	gabe nent jeder jeder n B	Richtiofoit Sor (F.	neten Bestandes mit dem tätsächlichen Lagerbestande wird bescheinigt.	
	pair D iii	Lag ber Ausgabe Zahr 19 Lag Mo=	8 9	Vernichtele oder in Verlust geratene Spie Sprengswisser ist ein besowerer Rosignitte de merdenne mehrerer Sprengsbossen ist auch	idit.	Die	neten Best	
310	dini	Menge in kg, bei Spreng- fapseln in Stüd	1	nd Lusgabe) ein besonderer Eldschnitz zu ben leiden alsdaum, frei.	om TT	don Sid		
	.10	Rum= mern ber Kiften, bei ein- zelnen Kafeben ber Kifte und ber Kafete	9.0	in. Jung der Wiften, Pakete und Patronen erfolg	1ahmen	Ausgaben	Bestand	
800 d in	ten d	Zahres- zahl der Kiften oder der Pakete	2	e jeder Buchseite, mindestens aber monatlich der Einnahmen abzüglich Summe der Nu- en Bestandes mit dem tatsächlichen Lagerb	Summe der Einn		8	ıch Seite
fart:	m e	Bezeich- nung bez Spreng- ftoffs, bei Spreng- tapfeln auch Größen- nunmer	4	nterfarrit des Engeroenvalters zu belgeinige Buchungsleite zu überträgen. gerbuch ist im Lager selbst oder in seicht er	Summe	Summe der	3	zu übertragen nach Seite
prenghof	Einnah	Name des Sprengfoffliefe= rers und des Verfandorts	3		as o o	d (192 182 Ingil	.0	zu üb
0		Tag der Einnahme Jahr 19 Tag Mos nat	1 2	Übertrag von Seite				

Mufter F.

Sprengftofflagerbuch

für Betriebe, in denen Sprengstoffe verbraucht werden.

Firma: in

Dieses Lagerbuch wird geführt von:

Der Sprengstofferlaubnisschein Muster B Nummer wurde am 19...

Vertreter des Lagerverwalters:

Bur Beachtung!

- 1. Der Verwalter des Sprengstofflagers hat die Eintragungen über die Einnahme und Ausgabe von Sprengstoffen und Sprengkapseln mit Tinte oder Tintenstift selbst vorzusnehmen; er ist für die Eintragungen verantwortlich und hat ihre Richtigkeit im Buche bei jeder Bestandsaufnahme zu bescheinigen. Werden Sprengstoffe ausnahmsweise von einem Vertreter des Lagerverwalters vereinnahmt oder ausgegeben, so ist dies in jedem Falle durch Unterschrift in der Spalte Bemerkungen zu bescheinigen.
- 2. Unter Ausgabe sind auch die Sprengstoffe zu buchen, die der Ausgebende an sich selbst ausgibt. Vernichtete oder in Verlust geratene Sprengstoffe sind ebenfalls einzutragen.
- 3. Für jede Sprengstoffart ist ein besonderer Abschnitt des Buches zu benutzen.
- 4. Bei Verwendung mehrerer Sprengstoffarten ist auch für die Sprengkapseln (für Einnahme und Ausgabe) ein besonderer Abschnitt zu benutzen. Die Spalten 4 bis 8 und 13 bis 17 bleiben alsdann frei.
- 5. Zu den Sprengkapseln sind auch die mit Sprengkapseln versehenen elektrischen Zünder zu rechnen.
- 6. Die Buchung der Kisten, Pakete und Patronen erfolgt durchweg nach der Stückahl.
- 7. Am Ende jeder Buchseite, mindestens aber monatlich, ist der Bestand zu errechnen als: Summe der Einnahmen abzüglich Summe der Ausgaben. Die Übereinstimmung des errechneten Bestandes mit dem tatsächlichen Lagerbestand ist hierbei nachzuprüsen und durch Unterschrift des Lagerverwalters zu bescheinigen. Der Bestand ist auf die nächste folgende Buchungsseite zu übertragen.
- 8. Das Lagerbuch ist im Lager selbst oder in leicht erreichbarer Nähe so aufzubewahren, daß es von den zuständigen Aufsichtsbeamten jederzeit eingesehen werden kann.
- 9. Wird ein Verlust an Sprengstoffen festgestellt, so hat der Verwalter des Sprengstoff= lagers dafür zu sorgen, daß die Ortspolizeibehörde unverzüglich Mitteilung erhält.

		gen l	Be- merkingen: Lagebnis ber Be- lichtgung; Unterlebrit bes be- lichtigenben Beamten	19	is in der Geschsammlung verössen Gesehes von I. August 1924 — Gese Souteiger und Preuhlichen Staatsanseig	nj nil 2 bes	e Sion	crechneten t.	19
Patronen.	odina odina odina	II. De i gleitve	mod monnes Bours	18	oming des Reichs- und Kreuhlichen We Fleisch und Fleischwaren sie die olomb ge.	i gečan o Anti	lizeilich Einfri llichnung	g des er	ineplan
	md		Stii cå ahl usgegebenen enknommenen enknommenen safete ka- konen	17	nar 1986. leichs und Preufisches Ministerium	i. Zan	l nod	immumi wird b	
٥		001) 00	B 9 B	16	Berichtigung.			bereinst Kande	реп
mit i	huth	gabe	Side of the state	15	ig zin Durchführung des Artifels I	пидас	uoig y	ie th	
kg mit je	Ausga	Rummern ber Kiften und ber Kafete	14 ==	t Stablen Altona und Wortnund von 1 litt. e flatt "Dodenhuden" ju febert anuar 1936.	Ausgaben	Echnet in volle Kisten, Pakete und Patronen	Eintragungen und die Übereinstimmung des errechneten dem tatsächlichen Lagerbestande wird bescheimiat.	048 C	
Rafete 211		Topic State of the	Sah- res- sahl ber Hiften ober ber Bakete	13	Moichs-und Preußische Abirtic	Summe der	t in vo	ıtragun 1 tatfä	
Jebe Kiste enthältRak		ethi vo	Name bes Empfängers	12	ca S-3	@mm	umgerechnet in volle Kisten, Pakete und Patronen	ber mit	
te enth		i de la constante de la consta	Tag der Ausgabe Jahr Jahr 19	11	emilidi genelpulgischen Erriks ann saak	Die	la.	Richtigkeit Bestandes	
e Ri			C4	10	981200	M	dn	Die	
Seb		911	riic. Sprenge fapjeln	6	e Dreußischen be	ut		indi i	
	Sprengfapsel-Nr.	offe	Stüdzahl er ein- ober zurüdgenommenen genommenen Bafete Pa- fapen fronen	00	nor. Tue die Johrodnae 1920 - 1934.	int insil_			
	engka	n cengít	Stü er ein- genon genon	7	Dethe portionden.	inad			
	GD I	gstoffe er Sp	Siften	9	(S P) As bernenberg	7.4	74	,	
Sprengftoffart: Patronendurchmeffermm.	on Spren verbraucht	Rummern ber Kiften und ber Pafete	2	Stücke voredlig, exiter annul initive versichnisten issassischen in den in dem ermäßiefen Breife von i	Einnahmen	Ausgaben (umgerechnet)	Bestand	ıch Seite	
	uu	Einnahme von Sprengstoffen Rückgabe nicht verbrauchter Sprengstoffe	Fahressahl Sahl der Kiften oder der Pakete	4	o durch ben Buchhandel öder	Ser	un) u		п пові
	rchmesser		Name des Sprengfoff- lieferers und des Verfandorts oder Rame des Zurückgebenden	3	. Decker's Declay, G. Schend, ung treupiliche Gelekjammlung Cette	Summe	ber	No.	zu übertragen nach Seite
	dilli-	Lag der Einnahme oder der Rickgabe Zahr 19 Tag Wonat	1 2	m Pecufildon Stadisminiferium. Berland Altienselelfida in 196 Central erlan, Erland Scriin B. S. Central erland, Berling berninlen nur vie general erland in 196 Central erland	Den Br Lev's L ber Br	@nmme	Herender	Yerk Ben 1	

Hinweis auf nicht in der Gesetsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen (§ 2 des Gesetses vom 9. August 1924 — Gesetssamml, S. 597 —).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. Toom 6. Januar 1936 ist eine viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 31. Dezember 1935 über die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren für die olympischen Kämpfer und ihr Begleitpersonal zur Beröffentlichung gelangt.

Berlin, den 16. Januar 1936.

Reichs= und Preußisches Ministerium des Innern.

Berichtigung.

In der Verordnung zur Durchführung des Artikels I § 2 Abf. 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels in den Städten Altona und Dortmund vom 3. Dezember 1935 (Gesetzfamml. S. 149) ist im § 1 Ziffer 1 litt. e statt "Dockenhuden" zu setzen "Rienskedten".

Berlin, den 18. Januar 1936.

Der Reichs= und Preußische Wirtschaftsminister.

Sm Auftrage:
Wienbeck.

Die amtlich genehmigte

Einbanddecke zur Preußischen Gesetzsammlung

Jahrgang 1935

liegt vor. Für die Jahrgänge 1920 - 1934 sind noch Restbestände der Einbanddecke vorhanden.

preis 1,35 RM jujüglich der Versandspesen.

Don den Jahrgängen 1920-1935 halt der Derlag in die amtlich genehmigte Einbanddecke gebundene Stücke vorrätig.

Don den Hauptsachverzeichnissen 1884/1913 und 1914/1925 sind noch Bestände vorhanden, die zu dem ermäßigten Preise von 1,- bzw. 2,- RM verkauft werden.



Bezug durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Derlag.

R. v. Decker's Verlag, 6. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35 Abteilung Preußische Gesetzammlung

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: K. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postscheckfonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 MM vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.